

## Herbstsession 2024 Sessionsrückblick - 2. Woche



### Unterschriften-Bschiss

Im Nationalrat findet traditionsgemäss am zweiten Montag die Fragestunde statt. An dieser ging es gleich hoch zu und her: Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier forderten Aufklärung zum «Unterschriften-Bschiss». Wie der «Tages-Anzeiger» enthüllt hat, sollen private Firmen im grossen Stil beim Unterschriftensammeln für Volksinitiativen betrogen haben.

Bundeskanzler Viktor Rossi sah sich mit einem wahren Fragereigen konfrontiert – der äusserst kritisch ausfiel. Auch, weil die Bundeskanzlei anlässlich der medialen Enthüllungen eingeräumt hatte, dass sie schon länger über den mutmasslichen Betrug Bescheid wusste. Im Rat rekapitulierte Rossi die Ereignisse. Schon 2019 sei die Bundeskanzlei über «mutmassliche Unregelmässigkeiten und Auffälligkeiten in Gemeinden des Kantons Waadt» informiert worden und hätte entsprechende Abklärungen getroffen. Mit der Covid-Pandemie und der neuen Ausgangslage beim Unterschriftensammeln sei das Thema in den Hintergrund gerückt, erklärte der Bundeskanzler. Vor zwei Jahren hätten die Meldungen über gefälschte Unterschriften schliesslich zugenommen. In der Folge erstattete die Bundeskanzlei Strafanzeige, so Rossi weiter. Mit Blick auf die laufenden Ermittlungen, das Amtsgeheimnis und die Unschuldsumutung habe man «praxisgemäss zurückhaltend kommuniziert». Dies sei rückblickend ein Fehler gewesen, bedauert Rossi. «Angesichts der grossen Sensibilität beurteile die Bundeskanzlei dies jetzt anders.»

### Unbegleitete minderjährige Asylsuchende werden zum Problem

Die Zahl der Asylgesuche von unbegleiteten Minderjährigen (UMA) steigt stark und belastet die Kantone. Gemäss einer SODK-Umfrage sind sechs Kantone an ihrer Kapazitätsgrenze, in elf Kantonen ist die Lage angespannt. Vom Bundesrat wollte ich im Rahmen der Fragestunde folgendes wissen:

- Welche Kantone sind konkret am Anschlag, und in welchen Kantonen ist die Lage angespannt?
- Wie häufig kommt es vor, dass UMA ihr Alter falsch angeben, und welche Massnahmen werden ergriffen, um das wahre Alter dieser Personen zuverlässig festzustellen?

Der Bundesrat antwortete wie folgt.

Der Bundesrat kann sich aus Zuständigkeitsgründen nicht im Detail zur Lage in den Kantonen äussern.

Es trifft aber zu, dass die Zahl der Asylgesuche von unbegleiteten Minderjährigen (UMA) seit 2022 stark angestiegen ist. In den Bundesasylzentren (BAZ) werden die UMA in speziellen Strukturen für UMA getrennt von den erwachsenen Asylsuchenden betreut. Die Unterbringung, Betreuung und Integration der vielen UMA in der Schweiz ist für den Bund und die Kantone tatsächlich eine grosse Herausforderung. Um diese Verbundsaufgabe zu bewältigen, soll die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen künftig intensiviert werden. Eine Herausforderung bleibt aber nach wie vor das fehlende Personal und die Unterbringungsmöglichkeiten.

In den Jahren 2022 und 2023 wurden 26 % bzw. 29 % der Personen, die bei Einreichung des Asylgesuchs angaben, minderjährig zu sein, nach Durchführung von Abklärungen durch das SEM als nicht minderjährig betrachtet.

Gemäss Asylgesetz und Rechtsprechung hat das SEM sich zur Glaubhaftigkeit der behaupteten Minderjährigkeit zu äussern, nicht jedoch zum genauen Alter der asylsuchenden Person. Zur Beurteilung der geltend gemachten Minderjährigkeit nimmt das SEM eine Gesamtwürdigung sämtlicher Indizien vor. Zu berücksichtigen sind insbesondere die Erstbefragung in Bezug auf das geltend gemachte Alter, allfällige heimatliche Dokumente, Erkenntnisse aus Identitätsabklärungen. Bestehen weiterhin Zweifel bezüglich der Minderjährigkeit, ordnet das SEM ein medizinisches Altersgutachten an.



### **Eidgenössische Räte einigen sich beim Kapitalzuschuss für die SBB**

Nach mehrfachem Hin und Her haben sich der Nationalrat und der Ständerat auf Kapitalzuschuss für die SBB geeinigt. Die Nationalrätinnen und Nationalräte sind der kleinen Kammer gefolgt und haben den Zuschuss von 1.15 Milliarden Franken auf 850 Millionen Franken gekürzt. Der einmalige Kapitalzuschuss soll den SBB helfen, die Folgen der Ertragsausfälle im Fernverkehr während der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 bis 2022 zu bewältigen. Das Parlament hatte dies mit einer Motion verlangt. Der Nationalrat stimmte dem Vorschlag des Ständerats, den Zuschuss zu senken, ohne Diskussion zu. Ebenfalls umstritten war eine ins Gesetz über die Schweizerischen Bundesbahnen eingefügte Bestimmung zu Darlehen des Bundes an die SBB. Auch hier folgte der Nationalrat dem Ständerat mit 117 zu 69 Stimmen und machte die Vorlage bereit für die Schlussabstimmung.

### **Nationalrat lehnt Verkauf von «Beyond Gravity» ab**

Der Nationalrat will dem Verkauf des staatlichen Raumfahrtunternehmens «Beyond Gravity» einen Riegel schieben. Die grosse Kammer hat einem entsprechenden Vorstoss ihrer Sicherheitspolitischen Kommission zugestimmt. Der Bundesrat will sich von dem Unternehmen mit 1300 Mitarbeitenden trennen und dies zu einem hohen Preis verkaufen. Der Nationalrat lehnt dies ab. Die Tochtergesellschaft der Ruag International habe eine «strategische Dimension» für die Schweiz, mahnte eine Mehrheit im Rat an. Das Unternehmen sei sicherheitsrelevant und es handle sich um einen Technologiebereich mit internationaler Ausstrahlung. Deswegen solle die Landesregierung ihren Entscheid überdenken. Finanzministerin Karin Keller-Sutter warb im Nationalrat für den Verkauf der Firma. Diese müsse investieren können, nur so könnten auch die Arbeitsplätze gesichert werden. «Ein Verkauf würde weder der Sicherheit noch der Innovation nützen», argumentierte die Bundesrätin – allerdings erfolglos.

### **Lex China**

Ausländische Investoren sollen in der Schweiz künftig höhere Hürden vorfinden. Der Nationalrat ist als Erstrat auf eine entsprechende Vorlage eingetreten. Mit 143 zu 46 Stimmen bei 2 Enthaltungen sagte die grosse Kammer im Grundsatz Ja zur sogenannten «Lex China» und folgte damit dem Antrag ihrer Wirtschaftskommission (WAK-N). Das Parlament hatte die Vorlage mit der Überweisung einer Motion von Ständerat Beat Rieder (Mitte/VS) angestossen. Kommissionssprecherin Jacqueline Badran (SP/ZH) hielt im Namen der Mehrheit fest, dass 80 bis 90 Prozent der OECD-Länder seit längerem Investitionskontrollen durchführten. Die Schweiz mit den höchsten Direktinvestitionen pro Kopf müsse nun nachziehen. Grundsätzliche Bedenken äusserten die FDP-, ein Teil der SVP-Fraktion und der Bundesrat. Die Gegnerinnen und Gegner zweifelten an Nutzen eines Investitionsprüfgesetzes. Vielmehr gefährde das Instrument den Wohlstand und erhöhe die Bürokratie.

### **Nationalrat will Sicherheit um Asylzentren erhöhen**

Der Nationalrat will nach Sicherheitsvorfällen in und um Bundesasylzentren handeln. Er hat verschiedene in der Praxis gelebte Disziplinarmassnahmen gesetzlich verankert. Zusätzlich sollen der Anwendungsbereich und die Instrumente der Behörden ausgeweitet werden. Mit 104 zu 87 Stimmen sagte die grosse Kammer Ja zu verschiedenen Änderungen im Asylgesetz. Diese sollen die Sicherheit von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie von den Mitarbeitenden in Bundesasylzentren verbessern. Der Nationalrat stimmte allen Vorschlägen zu und ging in zwei Punkten weiter als die Landesregierung:



So soll die Zone um die Bundesasylzentren vergrössert werden, in dem gegen Asylsuchende Disziplinarmassnahmen ergriffen werden können, wenn ihr Verhalten die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet. Zudem sollen Mitarbeitende des Staatssekretariats für Migration (SEM) auch elektronische Geräte wie Handys von Asylsuchenden zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung konfiszieren können.

### **Nationalrat will Energieanlagen der «Lex Koller» unterstellen**

Der Nationalrat will Energieanlagen weiterhin der «Lex Koller» unterstellen. Er hat an einem früheren Entscheid zum Thema festgehalten. Mit 120 zu 67 Stimmen ohne Enthaltungen folgte die grosse Kammer der Mehrheit ihrer Kommission für Umwelt, Energie und Raumplanung (Urek-N). Damit setzte sich eine Allianz von SVP, SP und Grünen durch. Nun ist wieder der Ständerat am Zug. Er hatte im Februar für Nichteintreten votiert. Hält er an seiner Position fest, ist die Gesetzesänderung vom Tisch. Erarbeitet hat die Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland die Urek-N. Den Anstoss dazu gab eine parlamentarische Initiative der Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran. Ziel ist es, strategisch wichtige Schweizer Kraftwerke sowie Strom- und Gasnetze vor einem Verkauf ins Ausland zu schützen. Verkäufe ins Ausland wären im Grundsatz verboten und nur unter bestimmten Bedingungen und mit einer Bewilligung möglich.

### **Geoinformation: Parlament weist Gesetzentwurf an Regierung zurück**

Der Bundesrat muss seinen Entwurf zur Erhebung von geologischen Daten überarbeiten. Der Nationalrat hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf klar an die Regierung zurückgewiesen. Der Ständerat hatte die Vorlage in der Sommersession abgelehnt, da er in diesem Bereich keinen Handlungsbedarf sah, zumal die Regelung des Untergrunds in der Regel in die Zuständigkeit der Kantone fällt. Das Geoinformationsgesetz zielt darauf ab, die Besitzer von geologischen Daten zu verpflichten, diese dem Bund und den Kantonen für die Zwecke der nationalen Erhebungen zur Verfügung zu stellen. Die Rechte zur wirtschaftlichen Nutzung der Daten würden bei ihren Besitzern verbleiben.

### **Vier zusätzliche Milliarden für die Schweizer Armee**

Der Nationalrat hat am Donnerstag die lange Debatte über die Armeebotschaft abgeschlossen: mit 119 zu 64 Stimmen bei neun Enthaltungen spricht sich die grosse Parlamentskammer für die Aufstockung der Armeefinzen um vier Milliarden aus. Der Entscheid fiel trotz geschlossenem Widerstand der Ratslinke – mithilfe der Stimmen aus SVP, FDP und Teilen der Mitte. Die zusätzlichen Ausgaben sollen in anderen Bereichen kompensiert werden: Der Nationalrat verlangt eine Senkung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer und Sparmassnahmen – beispielsweise im Bereich der Entwicklungshilfe. Damit sollen die Ausgaben für die Schweizer Armee bereits per 2030 auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen, was rund sieben Milliarden Franken pro Jahr entspricht.





Rund zwei der vier zusätzlichen Milliarden sollen aus dem Budget für die internationale Zusammenarbeit (IZA) gestrichen werden. Der von der Mitte vorgeschlagene Spezialfonds als alternative Form der Finanzierung wurde vom Nationalrat mit 110 zu 78 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Wo letztlich gespart wird, entscheidet sich in der Wintersession. In der Debatte um das Bundesbudget 2025 muss definitiv entschieden werden, wie man das Geld für die erste der vier verlangten Zusatzmilliarden für die Armee aufzutreiben will.

Der Entscheid zur Aufstockung des Zahlungsrahmens ist angesichts der globalen Unsicherheiten und zunehmenden Bedrohungen jedenfalls richtig. Schliesslich muss die seit dem Ende des Kalten Krieges kaputtgesparte Armee wieder kriegstauglich werden. Eine gut ausgerüstete Armee ist entscheidend, um die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zu gewährleisten. Das Geschäft geht jetzt zurück an den Ständerat.

### **Kulturbeiträge für die Jahre 2025 bis 2028**

Die eidgenössischen Räte haben sich über die Finanzierung der Förderbeiträge des Bundes für die Kultur für die Jahre 2025 bis 2028 geeinigt. Die Kulturstiftung Pro Helvetia bekommt für ihre Aktivitäten insgesamt 186,9 Millionen Franken. Die Beiträge sind somit parlamentarisch bereinigt.

Der Ständerat hatte am vergangenen Dienstag auf seinem Standpunkt beharrt, die Mittel für Pro Helvetia nicht um 6,5 Millionen auf 180,4 Millionen Franken zu kürzen. Am Donnerstag lenkte der Nationalrat mit 106 gegen 79 Stimmen bei zwei Enthaltungen ein. Der Bundesrat hatte ebenfalls den höheren Betrag beantragt. Der Zahlungsrahmen für Pro Helvetia ist Teil der neuen Kulturbotschaft des Bundes für die Jahre 2025 bis 2028. Sie besteht aus zwölf Erlassen. Die Bundesbeschlüsse darunter bilden die Voraussetzung dafür, dass der Bund unter anderem für Finanzhilfen des Bundesamts für Kultur, für die Filmförderung des Bundes, für das Schweizerische Nationalmuseum und für die Kulturstiftung Pro Helvetia rund 990 Millionen Franken bereitstellen kann.

Eine letzte Differenz zur Anrufungskompetenz der Parteien an eine neu zu schaffende Kommission für historisch belastetes Kulturerbe bleibt allerdings offen: Bei der Beratung der dafür nötigen gesetzlichen Grundlage im Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer entschied der Nationalrat, dass die Kommission bei Streitigkeiten auch nur einseitig angerufen werden kann. So hatte dies auch der Bundesrat vorgesehen. Der Ständerat hingegen will, dass die Kommission im Einverständnis aller Parteien tätig werden soll. Wegen dieser Differenz wird sich der Ständerat noch einmal über die Vorlage beugen müssen.

Bern, im September 2024  
David Zuberbühler